Kleine Zeitung
Mittwoch, 7. August 2024

Kleine Zeitung
Mittwoch, 7. August 2024

Zur Person

Peter Brandner ist Experte für empirische Wirtschafts- und Finanzmarktforschung und lehrt an der Universität Wien.

„Der zentrale Hebel für eine Reform ist das gesetzliche Antrittsalter, eben weil es die Länge der Bezugsdauer verkürzt.“

Peter Brandner
Finanzökonom

Die politisch unmögliche Reform

Die Stabilität der Pensionen wird die nächste Regierung beschäftigen. Die entscheidende Frage wird wieder unangetastet bleiben.

Von Walter Hämmerle

Eben erst hat sich die Regierung darauf verständigt, die Pensionen für 2025 um 4,6 Prozent zu erhöhen. Das würde der durchschnittlichen Steigerung des Verbraucherpreisindexes entsprechen und den Pensionisten keine Zugabe aus dem Budget drauflegen, wie es in der Vergangenheit so oft der Fall war. Tatsächlich hängt die Schieflage des Pensionssystems wie eine dunkle Wolke über kommende Regierungsverhandlungen. Die Fakten sind allgemein bekannt: Wir gehen zu früh in Pension und beziehen diese auch noch wegen der steigenden Lebenserwartung immer länger, während weniger Junge nachkommen. Das ist auf Dauer eine ungesunde Mischung.

Das Thema lässt niemanden kalt: Die eine Seite sieht das System am Abgrund und drängt auf rasche Änderungen, die andere will am liebsten alles so lassen, wie es ist. Der Finanzökonom Peter Brandner vertritt eine differenzierte Sicht. Er ist gegen einen Schnellschuss und plädiert dafür, dass sich die nächste Regierung ein, zwei Jahre Zeit nimmt, um im überparteilichen Konsens ein umfassendes Konzept zu erarbeiten. Dass der Zuschussbedarf aus dem Budget kurzfristig stark steigt, weil geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand treten, gesteht er zu, dies werde sich aber mittelfristig abflachen.

„Die budgetären Folgen einer schnellen Erhöhung des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter werden oft überschätzt“, so Brandner. Die kurzfristigen Einsparungen würden auf Zeit durch steigende Ansprüche fast aufgehoben. Die politische Forderung, als Arbeitsanreiz Erwerbstätigkeiten in der Pension von Pensionsversicherungsbeiträgen zu befreien, lehnt Brandner als systemwidrig ab.

Das Grundproblem ist für ihn, „dass am Ende eine definierte Leistung steht – 80 Prozent des durchgerechneten Einkommens bei 45 Beitragsjahren ab 65 –, dies jedoch ohne dabei die Lebenserwartung zu berücksichtigen“. Die Alternative sei ein sogenanntes NDC System (die Abkürzung steht für Notional Defined Contribution) wo dies konstruktionsbedingt der Fall ist. Der Vorteil: Ein beitragsorientiertes Pensionssystem mit fiktiven Pensionskonten ist versicherungsmathematisch fair, weil beim Pensionsantritt die fiktiv angesparten Kapitalansprüche nach Maßgabe der individuellen Lebenserwartung verrentet werden. Vor allem Geringverdiener erwerben jedoch zu niedrige Pensionsansprüche, um ihren Lebensstandard zu halten. Diese Unterschiede auszugleichen, ist für Brandner Aufgabe des Sozial-, nicht jedoch des Pensionssystems.

Realpolitisch ist ein solcher Systemwechsel ausgeschlossen, wie Brandner bedauernd zugesteht. Österreich war schon weiter: 2012 plädierte eine Reihe prominenter Experten, zu denen u. a. der aktuelle Nationalbank-Gouverneur Robert Holzmann, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der Industrielle Hannes Androsch gehörten, für eine solche Reform. Dass auch Wohlfahrtsstaaten Rücksicht auf die Bezugsdauer nehmen, zeigt Dänemark, wo das Austrittsalter 2060 bei 74 liegen wird, und Finnland, Italien oder Schweden, die auf das NDC-System umgestiegen sind.

„Daran wird deutlich, dass der Hebel für eine Reform, die auch Wirkung zeigt, das gesetzliche Antrittsalter ist, eben weil es die Länge der Bezugsdauer verkürzt“, erläutert Brandner. Zwar führen nach wie vor bestehende Privilegien bei Kammern, Sozialversicherungen oder der Notenbank immer wieder zu heftigen Debatten, die wegen der dabei zutage tretenden Ungleichbehandlungen mit einfachen ASVG-Versicherten empören, aber für Brandner sind diese Altlasten und deren finanzielle Folgen für das Gesamtsystem zunehmend vernachlässigbar. Und Frauen, Beamte, Länder und Gemeinden sieht er bei der Angleichung an das ASVG-System ebenfalls auf Schiene.

Ein Systemwechsel weg von einer vorab definierten Leistung werde trotzdem nicht kommen, ist Brandner überzeugt. Zwar liegen die Studien und Konzepte längst vor, auch eine politische Verständigung über die Ziele sei möglich, die Gründe für das Scheitern lägen in der zu gestaltenden Übergangsphase, wo die kurzfristigen politischen Kosten einer Einigung jeden langfristigen Nutzen übersteigen würden.